

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/06/2009
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 25.08.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Bericht über die personalwirtschaftliche Situation im Jugendamt
7. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
Vorlage 0460/2009
2. Lesung
Hier: Jahresberichte 2008 der Verbände Falken und BDKJ
8. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0461/2009
2.Lesung
9. Jahresbericht Offene Ganztagschulen 2008
Vorlage: 0668/2009
10. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW
hier: Öffentliche Anerkennung der "Katholischen Kindertageseinrichtungen Ruhr-Mark gem. GmbH" als Träger der Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII
Vorlage: 0646/2009

11. Jugendförderplan 2010 - 2014
hier: Übergangsregelung für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 0599/2009
12. Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0593/2009
13. Dokumentation "Kinderschutz in Hagen"
Vorlage: 0664/2009
14. Weiterleitung zweckgebundener Fördermittel des Landes für offene Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 0604/2009
15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass trotz der Wahl am 30.08.2009 der JHA noch einmal tage und erst im Dezember ein neuer Ausschuss gebildet werde. Er teilt mit, dass er gebeten worden sei, die Sitzung zu straffen und stellt fest, dass es zur Tagesordnung keine Einwände gebe.

2. Mitteilungen

Herr Steuber teilt mit, dass wegen der Neubildung des JHA die Wohlfahrtsverbände und freien Träger angeschrieben worden seien, die Neubildung werde wie immer vom Fachbereich organisiert.

Weiter informiert Herr Steuber über die Betriebserlaubnis des Bildungs- und Kulturvereins (BKV) im Gebäude des Verbands islamischer Kulturzentren (VIKZ). Es solle ein Wochenend- und Ferienbetrieb für insgesamt 40 Jungen und Mädchen stattfinden. Ein Gespräch mit dem Landesjugendamt habe im Juni bereits stattgefunden. Der Eindruck von der Einrichtung und den Vorbereitungen sei durchaus positiv gewesen, allerdings habe der Träger noch eine Reihe von Punkten nachzuarbeiten, insbesondere die Kooperationen, die der Integration dienen sollten. Der Verein sei daran interessiert, mit Hagener Trägern der Jugendhilfe und insbesondere den Vertretern der Kinder- und Jugendarbeit zusammen zu arbeiten. Aktivitäten mit der Offenen Luther-Kirche würden bereits gelebt. Es gebe bereits jetzt für 50 Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 14 Jahren Schularbeitshilfe, die zu messbaren schulischen Erfolgen geführt habe. Die Erlaubnis werde wohl erteilt werden.

Herr Strüwer bittet um Auskunft, wie man sich den Betrieb vorzustellen habe, internatsmäßig oder mit ständig wechselnden Gruppen.

Herr Steuber führt aus, dass es einen Wochenend- und Ferienbetrieb geben werde und es im wesentlichen um Religionseinweisungen gehe, die von Lehramtsanwärtern der Universität Dortmund, die als Imam qualifiziert seien, organisiert werden sollten.

Weiter teilt Herr Steuber mit, dass ab nächster Woche die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen starten würden. Nach der entsprechenden Verordnung seien die Kinderärzte und Ärzte, die Früherkennungsuntersuchungen durchführten, verpflichtet, dem Institut LIGA (Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit) Meldung zu machen über die Teilnahme an den Untersuchungen. Danach werde ein Abgleich mit den Meldedaten erfolgen. Sollten Kinder im Bereich der U 5 bis U 9 (6 Monate bis 5 Jahre) an diesen Untersuchungen nicht teilgenommen haben, erhalte das Jugendamt eine entsprechende Information. Diese würden in der nächsten Woche erstmalig erwartet. Mit dem Landesjugendamt sei bereits eine Arbeitshilfe organisiert worden, um daraus ableiten zu können, welche Aktivitäten durch das Jugendamt erforderlich würden.

So würden z. B. Eltern aufgefordert, die Untersuchungen nachzuweisen. Sollten die entsprechenden Belege nicht vorgelegt werden können, werde ein Hausbesuch durchgeführt, um Hilfen anbieten und feststellen zu können, ob ein Hilfebedarf bestehe. Ziel sei es, die Eltern zu motivieren, an den Untersuchungen teilzunehmen. Daher sei auch die Presse eingeschaltet und neben den bereits ausgewählten 13 Kitas weitere 5 ausgewählt worden, um gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu motivieren, an diesen Untersuchungen teilzunehmen.

Herr Dr. Brauers berichtet, unter der Überschrift soziales Frühwarnsystem und kinderfreundliches Hagen habe der Kinderschutzbund seit Anfang 2008 sog. Welcome – Besuche durchgeführt. Diese seien anfangs durch das Land finanziert worden. Die Förderung sei nun ausgelaufen. Die Sparkasse habe 10.000,- EUR zur Verfügung gestellt, damit das Projekt in diesem Jahr weiterlaufen könne. Im nächsten Jahr müsse man dann sehen.

Herr Goebels gibt einen Zwischenbericht zur Entwicklung der Kinderschutzambulanz in Hagen. Es sei ein Finanzierungskonzept erstellt und mit dem Träger, dem Diakonischen Werk, seien Gespräche geführt worden. Das Diakonische Werk habe bereits eine Mitarbeiterin eingestellt und mit dem AKH hätten Gespräche stattgefunden, so dass er von einer guten Kooperation ausgehe. Der Träger (DW) habe vor, die Kinderschutzambulanz im Oktober zu eröffnen, allerdings sei weitere Begleitung und Hilfe durch die Kinderschutzambulanz in Remscheid nötig. Mit der eigentlichen Arbeitsaufnahme könne gegen Ende des Jahres gerechnet werden.

Sodann verweist Herr Goebels auf die steigende Tendenz der Hilfen im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Erziehung. Die Zahl der Meldungen sei nach wie vor sehr hoch und ca. 2/3 der Meldungen kämen aus dem professionellen Bereich (Schulen, Kindergärten etc.) In den meisten Fällen seien weitere Hilfen und Unterstützung notwendig, daher steige die Fallzahl extrem.

Herr Strüwer merkt an, dass dieser Bereich nicht nur unter dem Punkt Mitteilungen abgehandelt werden könne. In der September – Sitzung solle dieses Thema konkreter behandelt werden, und zwar in Verbindung mit der vorliegenden Dokumentation. Er bittet die Verwaltung, maßnahmebezogene Ansätze aufzuzeigen, wie mit der Situation umzugehen sei und wie gesteuert werden

könne, und zwar nicht nur unter finanziellen, sondern auch unter fachlichen Gesichtspunkten.

Herr Dr. Schmidt verweist auf die erste Mitteilung von Herrn Goebels als einen der fachlichen Ansätze und schlägt vor, in der nächsten Sitzung zusammen mit der Untersuchung Kinderschutz in Hagen detaillierte Zahlen zu präsentieren. Er teilt mit, dass die Vorgabe, 3 Mill. EUR einsparen zu müssen, unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei. Er erklärt, dass der Punkt Kinderschutz in Hagen auch in den Bezirksvertretungen diskutiert werden müsse.

Herr Haensel ergänzt die Mitteilung von Herrn Steuber zur Zusammenarbeit mit dem VIKZ mit einigen kritischen Anmerkungen.

Herr Reinke verweist auf seine Mitteilung in der Juni-Sitzung, dass er eine Stiftung angeschrieben habe. Inzwischen sei der Zuwendungsbescheid eingegangen, und zwar direkt an das Diakonische Werk. Es würden von der Stiftung 12.500,- EUR als Spendenverdoppelung zur Verfügung gestellt. In naher Zukunft werde ein Spendenaufruf gestartet und Spenden bis zu 12.500,- EUR würden dann von der Stiftung verdoppelt.

Frau Versteeg-Schulte berichtet, dass sie aus der AG 3 den Auftrag erhalten habe mitzuteilen, dass es nun eine Empfehlung zur Standardbeschreibung zur Ernährung in den Kitas gebe. Dies sei vor dem Hintergrund zu sehen, dass das KiBiz Aussagen zur gesundheitlichen Vorsorge und gesundheitlichen Entwicklung für die Kinder mache.

Herr Goldbach teilt mit, dass am 24.07.2009 ein Ortstermin am Bolzplatz Eschenweg/Helfe stattgefunden habe. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass das Gericht die Bemühungen im Vorfeld (Platz verändert, Platz verkleinert, Ballfangzaun) gewürdigt habe und dem Kläger nun offen gehalten worden sei, selbst eine Lärmschutzmessung durchführen zu lassen. Herr Goldbach schätzt das Prozessrisiko als nicht mehr sehr hoch ein.

Herr Fischer möchte auf das am kommenden Wochenende stattfindende zweite „Vielfalt tut gut – Festival“ hinweisen, welches im letzten Jahr ca.3.500 Besucher zu verzeichnen hatte. Er hofft, in diesem Jahr daran anknüpfen zu können. Beteiligt seien Allerwelt-Haus, Jugendring und der Fachbereich. Auf dem Festival werde die letzte Aktion „Sei wählerisch“ durchgeführt.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Grüger erklärt, dass das Projekt der Spielplatzpaten an der Friedrich-Harkort-Schule gestartet sei. Es habe eine Pressekonferenz und einen Radiobericht gegeben. Die Fa. Bamberger habe einen Bauwagen für die Jugendlichen zur Verfügung gestellt. Das Kinder- und Jugendbüro sei Ansprechpartner, wenn größere Konflikte nicht unter den Jugendlichen selbst gelöst werden könnten. Es werde noch ein Seminar stattfinden unter Leitung des Fachverbandes, der auch dazu beigetragen habe, dass es nun Spielplatzpaten gebe.

Frau Fischer teilt mit, sie sei gebeten worden noch einmal etwas zum Umzug zu sagen. Sie erklärt, dass die Räume grundsätzlich in Ordnung seien, sie aber trotzdem als Übergangslösung gesehen würden.

Sie teilt weiter mit, dass die Ruhrtalflöße nun beim Kanuclub in Wetter lägen. Der Jugendring habe die Möglichkeit, den Campingplatz dort einmal jährlich zu nutzen. Bei Nutzung des Geländes sei die Anwesenheit mindestens eines Mitglieds der Jugendräte erforderlich.

Ein Teil der Jugendräte habe sich in den Ferien getroffen, um für einen regeren Zulauf zu den Jugendräten zu werben. Man wolle eine sog. Bierzeltgarnitur kaufen, um bei verschiedenen Gelegenheiten mit einem eigenen Jugendratsstand vertreten zu sein. Außerdem wolle man sich auf verschiedenen Internetplattformen präsentieren. Weiter habe Radio Hagen durch Robin Hiermer angeboten, bei einer Radiowerbung behilflich zu sein.

4. Bündnis für Familien

entfällt

5. Stand der Umsetzung des KiBiz

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass inzwischen von der AWO eine Zahlungsaufforderung bezogen auf die getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Übernahme von 9 % des Trägeranteils für sogenannte „Arme Träger“ durch die Stadt Hagen vorliege. Diese Vereinbarungen hätten sich jedoch seinerzeit auf das GTK bezogen, daher vertrete die Verwaltung die Auffassung, dass es für diese Verträge keine Rechtsgrundlage mehr gebe. Die Verträge seien allerdings nicht gekündigt worden. Es könne sich hier durchaus ein Klageverfahren ergeben. Das Diakonische Werk habe für die Arche Noah ebenfalls die 9 % verlangt, hier sei bereits die Klage anhängig.

Herr Strüwer teilt dazu mit, dass die Position im politischen Raum eindeutig sei und man daher abwarten werde, was sich im Rechtsstreit ergebe.

6. Bericht über die personalwirtschaftliche Situation im Jugendamt

Herr Steuber informiert, dass die Friktionen, die aus personalwirtschaftlichen Zwängen resultierten, nämlich bei den Fluktuationen zu prüfen, wie diese Stellen möglichst intern wieder besetzt werden könnten, im Fachbereich durchaus eine Reihe von Störungen ergäben. Derzeit sei die Stelle eines Psychologen (Schulpsychologischer Dienst) nicht besetzt. Weiter seien drei Stellen in Jugendzentren nicht besetzt. Hier sei zugestanden worden, falls eine interne Ausschreibung erfolglos verlaufe, diese Stellen auch extern auszuschreiben und für ein Jahr befristet wieder zu besetzen. Im Bereich der Vorbetreuung in der Drogenhilfe gebe es nach Auslaufen eines befristeten Vertrages ebenfalls eine Vakanz.

Bei 5 Hauswirtschaftskräften im Kita-Bereich gebe es nach Auslaufen von befristeten Verträgen eine Vakanz. Diese Kräfte seien vollständig refinanziert worden von den Eltern. Es werde versucht, über den Förderverein der jeweiligen Kita eine Anschlusslösung zu finden.

Weiter gebe es mehrere Fluktuationen im Bereich des ASD, durch Kündigung und durch befristete Arbeitsverträge, die ausgelaufen seien. Teilweise seien diese entfristet worden. Dies habe aber nicht gereicht. Der Arbeitsmarkt sei derzeit sehr attraktiv, so dass auch bei unbefristeten Arbeitsverträgen nichts zu erreichen sei. Es gebe die Auflage, zunächst intern auszuschreiben. Für den Fall, dass sich niemand bewerbe, was anzunehmen sei, müssten auch gegen ihren Willen Mitarbeiter aus anderen Bereichen umgesetzt werden, denen man diese Aufgabe zutraue, wobei deren Stellen nur befristet oder gar nicht wiederbesetzt würden, weil eine Wiederbesetzung ebenfalls nur aus anderen Bereichen möglich sei.

Außerdem gebe es zusätzlichen Bedarf an 2,5 Stellen im ASD. Diese seien auf der Grundlage der geschilderten Fallzahlenentwicklung für den Stellenplan 2010 beantragt worden. Da die Belastung aber bereits jetzt im ASD vorhanden sei, müsse eine vorzeitige Stellenbesetzung erfolgen. Hierfür sei wiederum zunächst eine interne Stellenausschreibung notwendig, wobei davon ausgegangen werden könne, dass keine Bewerbungen eingingen. Daher müsse aus anderen Bereichen jemand umgesetzt werden.

Inzwischen gebe es sowohl aus dem Bereich des ASD als auch aus dem Bereich der Vormundschaften Überlastungsanzeigen. Für den Bereich Vormundschaften sei ebenfalls für den Stellenplan 2010 eine zusätzliche Stelle beantragt. Durch Umschichtung von Personal, was zur Folge habe, dass eine Aufgabe nicht mehr wahrgenommen werden könne, werde die Umsetzung organisiert, um die Vormundschaftsstelle besetzen zu können. Eine Überlastung der Vormünder habe auch strafrechtliche Relevanz, so dass hier Abhilfe geschaffen werden müsse.

Herr Dr. Schmidt erläutert, dass die Sparbeschlüsse bekannt seien. Im Verwaltungsvorstand habe man entschieden, dass die strafrechtlich relevanten Bereiche vorrangig zu besetzen seien, zu Not auch extern. Das bedeute aber gleich-

zeitig, dass durch interne Besetzung, z. B. ASD durch Mitarbeiter der Jugendzentren, die Jugendzentren nicht mehr besetzt seien. Der Fachbereich werde im November oder Dezember oder im Rahmen des Förderplans für das nächste Jahr eine Perspektive vorstellen, die politisch begleitet werden müsse, um für die nächsten Jahre Planungssicherheit zu schaffen. Es könne nicht sein, dass finanzielle Notwendigkeiten dazu führten, dass nichts mehr gesteuert werden könne. Daher werde der Ausschuss durch ein vorzulegendes Konzept einbezogen.

Herr Fischer verweist auf den vorliegenden Bericht, der auch im Unterausschuss zur Diskussion anstehe, so dass man sich dort mit der Thematik beschäftige. Auch in der AG 1, in der alle Prozesse im Rahmen der Jugendhilfeplanung bedacht würden, müsse dies diskutiert werden, um die Angebote für Kinder und Jugendliche weiter vorhalten zu können.

7. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe

Vorlage 0460/2009

2. Lesung

Hier: Jahresberichte 2008 der Verbände Falken und BDKJ

Herr Strüwer teilt mit, dass auf ausdrücklichen Wunsch aus dem JHA die Verbände über ihre Arbeit berichten würden. Zunächst werde Herr Laschat über die Arbeit der Falken berichten.

Herr Laschat verweist zunächst auf die Grundsätze der Falken, nämlich Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Er nennt die 5 Arbeitsfelder der Falken:

- Gruppenstunden für Kinder und Jugendliche während der Woche (in deren Freizeit)
- Wochenendseminare für Jugendliche und Fortbildungsseminare für MitarbeiterInnen
- Ferienfreizeiten
- Feste und Aktionen mit politisch pädagogischem Inhalt
- Interessenvertretung für und mit Kindern und Jugendlichen.

Sodann gibt Herr Laschat einen Überblick über die Vergangenheit der Falken. Er erklärt, die frühere Form der ehrenamtlichen Helfer gebe es heute nicht mehr, sondern es gebe eine Aufgabenverteilung auf 3 verschiedenen Organisationsebenen in Hagen. So sei der Ortsverband Hagen im Wesentlichen zuständig für die Organisation und Pflege von Mitgliedern und jugendpolitischen Vertretungen. Der Unterbezirk, der zuständig für den Bereich Hagen sei, organisiere die Bildungsarbeit und die Ferienfreizeiten und einen Großteil der überregionalen Feste und Aktionen. Für die früheren Gruppenstunden sei nun ein Verein gegründet worden, der auch Träger von Einrichtungen sei. Hier werde die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in ihrer Freizeit während der Woche geleistet.

Weiter erläutert Herr Laschat die angebotenen Aktivitäten und welche Räumlichkeiten hierfür zur Verfügung stünden. Abschließend verweist er auf die Inhalte der Arbeit der Falken:

- außerschulische Jugendbildung
- Identifikation der Kinder und Jugendlichen mit sich selbst, ihren Familien, ihrem Dasein und Integration in die Gesellschaft
- Demokratie und Toleranz
- soziale Kompetenz
- Persönlichkeitsstärkung.

Zielgruppe der Falken sie von jeher die Arbeiterjugend gewesen, die heute zu 80 % Migrationshintergrund habe.

Herr Decker führt aus, dass im Jahresbericht für 2008 dem hohen Finanzvolumen der Falken eine geringe Teilnehmerzahl gegenüberstehe, insbesondere falle dies beim Vergleich mit anderen Trägern auf.

Herr Laschat weist darauf hin, dass die Berichte früher besser gewesen seien, man sich aber auf dieses Schema geeinigt habe. Mehr finde sich im Bericht der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hagen.

Herr Decker erklärt, ihm sei bewusst, dass es diese andere Dokumentation gebe, aber der Jahresbericht sei auch eine Dokumentation und diese sei wenig transparent. Der Vortrag habe diesen Bericht jedoch jetzt mit Leben gefüllt.

Herr Schledorn erläutert, dass er die Einrichtungen in Altenhagen kenne und dass er wisse, dass das Friedenshaus ein sehr wichtiger Bestandteil dort sei. Zum Vergleich könne man nicht jede andere Einrichtung heranziehen, sondern vielleicht eher einen Vergleich mit Jugendzentren herstellen. Insgesamt müsse man froh über die Arbeit der Falken sein und man könne sich zur Beurteilung nicht allein auf den Jahresbericht stützen, sondern müsse die Entwicklung über einen längeren Zeitraum beobachten. Wichtig sei aber auch, die Einrichtung mal selbst zu besuchen und sich selbst vor Ort zu informieren.

Herr Dücker bittet um Auskunft, ob er aufgrund des Hinweises, dass die Arbeiten für die Aktionen zum 1. Mai ohne Honorar geleistet würden, für bestimmte Gruppenarbeiten davon ausgehen könne, dass ein Honorar gezahlt werde.

Herr Laschat verweist auf seinen Vortrag, dass es wesentlich weniger ehrenamtliche Mitarbeiter gebe und gute Kräfte seien in Honorarjobs auch bei anderen Trägern. Der Zuschuss für das Jugendzentrum werde aufgeteilt auf verschiedene Stellen und Kräfte. Insgesamt würden 40 bis 50 Menschen über verschiedenste Bezahlungen beschäftigt, die selbstverständlich Teile ihrer Arbeit zu geringen Pauschalen oder ehrenamtlich verrichteten.

Herr Fischer fordert, dass noch einmal über die Berichtsform nachgedacht werden müsse. Die derzeitige Form reiche nicht aus, um qualifizierte Inhalte eindeutig vergleichbar machen zu können.

Herr Dücker teilt mit, dass er dem Jugendförderplan entnommen habe, dass die Kinder im Bereich der OGS nicht optimal betreut würden. Er bittet Herrn Laschat um Auskunft, was verbessert werden könne.

Herr Laschat erklärt, die OGS sei keine Ganztagschule, die aber sinnvoller wäre. Die zur Verfügung gestellten Mittel für die OGS reichten nicht aus, um die Betreuung gut organisieren zu können.

Herr Strüwer bittet um Auskunft, woraus sich die Mittel des Eigenanteils von 75.000,-EUR ergäben und ob Mitarbeiter und Angebote in Hagen und für Hagener seien.

Herr Laschat teilt mit, dass es sich bei den Eigenanteilen um ehrenamtliche Arbeit und Teilnehmerbeiträge handele, also um erwirtschaftete Mittel. Lediglich der in Menden-Lendringsen stattfindende Schülerclub werde vom Büro Hagen aus mitverwaltet, der Rest finde in Hagener Einrichtungen für Hagener statt.

Herr Strüwer bedankt sich für den Bericht und die Diskussion.

Herr Peters, Jugendbildungsreferent beim BDKJ, erklärt, dass sich der BDKJ als Verband verstehe, in der Gruppenpädagogik konstituiert sei. Man baue auf verlässliche Gruppen.

Im ganzen Stadtgebiet gebe es Mitgliedsverbandsgruppen mit wöchentlichen Treffen, die ehrenamtlich geleitet würden. Die Gruppen seien auf Dauer angelegt, aber grundsätzlich offen. Wichtig seien auch die Maßnahmen am Wochenende und in den Sommerferien, bei denen Persönlichkeitsentwicklung, Lernen von Demokratie und der Umgang mit anderen Menschen verstärkt neben der Gruppenpädagogik näher gebracht würden.

Im BDKJ seien zusammengefasst Pfadfindergruppen, Maltesergruppen, eine Jung-Kolping-Gruppe, Pfarrjugenden und Messdienergruppen. Die ehrenamtlichen Helfer müssten aus- und fortgebildet werden und die Leiterrunde der Ehrenamtlichen werde begleitet. Dies sei Aufgabe des Jugendbildungsreferenten.

Der BDKJ plane Jahresaktionen, z. B. die „72-Stunden-Aktion“. Ein wichtiges Standbein sei der Marienhof. Hier sei der BDKJ als Gründungsmitglied weiterhin Mitglied. Dort werde für Schulen Umwelt-, Freizeit- und Erlebnispädagogik angeboten. Der Marienhof sei aber auch offen für die Jugendgruppen. Weiter teilt Herr Peters mit, dass es eine internationale Jugendbegegnung mit Weißrussland gebe. Derzeit seien Jugendliche aus Weißrussland in Hagen.

Herr Peters überreicht den Teilnehmern der Sitzung die Dokumentation über die „72-Stunden-Aktion“.

Herr Decker erläutert, dass ihm positiv aufgefallen sei, dass sehr viele Ehrenamtliche tätig seien und sehr viel bewegt werde.

Frau Klos-Eckermann möchte Herrn Decker entgegnen, dass der JHA glücklich sein müsse für alle Träger, die in der Jugendhilfe tätig seien, auch ohne auf ausreichend ehrenamtliche Mitarbeiter zurückgreifen zu können.

Herr Strüwer bedankt sich auch bei Herrn Peters für seinen Bericht und bittet die Verwaltung, künftig die Berichte auf Schlüssigkeit zu prüfen.

Herr Decker bittet um Mitteilung, ob der Budgetierungsvertrag noch bestehe oder ob er gekündigt werden müsse.

Herr Goldbach verweist auf die Vorlage Übergangsregelung zum Kinder- und Jugendförderplan. Alle Leistungen seien bis zum 31.12.2009 vereinbart, alte Regelungen seien gekündigt bzw. Richtlinien aufgehoben worden, daher werde die Vorlage als Auszahlungsgrundlage für das Jahr 2010 benötigt.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

8. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales

2. Lesung

Vorlage: 0461/2009

Herr Strüwer führt aus, dass der Geschäftsbericht in der letzten Sitzung von der Verwaltung eingeführt worden sei. Die Arbeit sei gewürdigt worden, weitere Fragen gebe es nicht, so dass der Beschluss gefasst werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2008 des Fachbereichs Jugend & Soziales zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

**9. Jahresbericht Offene Ganztagschulen 2008
Vorlage: 0668/2009**

Herr Strüwer verweist auf die bisherigen Behandlungen des Problems in den Gremien und bittet um Mitteilung, ob weiterer Vortrag gewünscht sei.

Herr Fischer teilt mit, dass im Zusammenhang mit der Arbeit im offenen Ganztags bei allen Trägern Maßnahmeteilnehmer der ARGE eingesetzt seien. Es habe jetzt - trotz anders lautender Zusagen - einen Stopp gegeben, so dass die Planungen der Träger hinfällig seien und Personal eingestellt werden müsse, für das es keine Finanzierung gebe. Die Stadt habe berichtet, dass sie hier nichts unternehmen könne. Mit dem Schulamt sei man im Gespräch. Da die Zusagen nicht eingehalten worden seien, kämen ggf. neue Kosten auf die Stadt zu.

Herr Dr. Schmidt bestätigt, dass die Mittel für den Beschäftigungszuschuss für den Bereich Hagen voll ausgeschöpft seien. Es bestehe daher keine Möglichkeit einer weiteren Finanzierung. Derzeit werde intern nach einer Lösung gesucht.

Herr Strüwer meint, einen solchen Stopp könne es nicht entgegen vorheriger Zusagen geben. Der Sache müsse daher nachgegangen werden.

Beschluss:

Der Jahresbericht Offene Ganztagschule 2008 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW
hier: Öffentliche Anerkennung der "Katholischen Kindertageseinrichtungen
Ruhr-Mark gem. GmbH" als Träger der Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII
Vorlage: 0646/2009**

Herr Strüwer erläutert, dass über diesen Tagesordnungspunkt bereits gesprochen worden sei und auch das Einverständnis zur Dringlichkeitsentscheidung vorgelegen habe. Er gehe daher davon aus, dass die Vorlage beschlossen werden könne. Er stellt fest, dass es keine Einwände gebe.

Beschluss:

Die „Katholische Kindertageseinrichtungen Ruhr-Mark gem. GmbH“ wird gem. § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 des 1. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (1. AG-KJHG NRW) als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.

Der Ausschuss genehmigt die im Wege der Dringlichkeit getroffene Entscheidung vom 27.07.2009

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. **Jugendförderplan 2010 - 2014
hier: Übergangsregelung für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 0599/2009**

Herr Strüwer verweist auf die Vorlage, die die Übergangsregelung für das Haushaltsjahr 2010 enthalte. Er bittet um Wortmeldungen.

Herr Reinke teilt mit, es sei klar, dass es sich hier um eine Übergangsregelung handele, da es eine Auszahlungsgrundlage geben müsse. Trotzdem müsse es im Rahmen des Budgets möglich sein, auf Änderungen reagieren zu können.

Herr Goldbach erklärt, das sei eindeutig nicht so. Es gebe kein Budget, keinen Kontrakt mehr, so dass alles was nicht geplant sei, auch nicht gezahlt werde. Der Jugendförderplan solle eine Entwicklung über 5 Jahre anstoßen und auf Entwicklung abzielen. Das bedeute aber, dass an einer Stelle etwas weggenommen und an anderer Stelle etwas neu gemacht werden könne. In der Verwaltung gebe es augenblicklich aber andere Zielsetzungen. Man könne Geld nicht einfach austauschen. Daher gestalte sich der Plan sehr schwierig. Bis Oktober 2009 solle ein Grundsatzpapier erarbeitet werden und dann werde eine Verwaltungsmeinung gebildet. Allerdings müsse dazu feststehen, welche finanziellen Mittel bis zum Jahre 2014 zur Verfügung stünden.

Herr Strüwer meint, wenn es zu Verschiebungen kommen sollte, werde man dies politisch gegenüber der Kommunalaufsicht vertreten müssen. Er sehe daher Spielraum, um zu Verlagerungen zu kommen.

Herr Fischer weist darauf hin, dass der Beschluss dringend benötigt werde, da sonst Ende 2009 (Kündigung der Budgetverträge) keine Fördersicherheit mehr bestehe. Dass der Jugendförderplan weiter diskutiert werden müsse, sei klar, aber bis dahin brauche man Fördersicherheit für bestehende Maßnahmen durch einen Beschluss.

Herr Strüwer erklärt, dass in diesem Sinne auch die 30.000,- EUR zu betrachten seien.

Herr Haensel meint, dass an den Grundsätzen nicht mehr diskutiert werden müsse, das Gesamtbudget werde vermindert. Allerdings tue er sich schwer, eine solchen Beschluss zu fassen, da nicht bekannt sei, wie später die Beteiligungsstrukturen seien.

Herr Strüwer sieht den Ablauf so, dass die Verwaltung den Beschlussvorschlag erarbeite, der Unterausschuss und der JHA eine Entscheidung trafen, die dann vom Rat mitgetragen werde, so dass die handelnden Akteure, wie in der Vergangenheit, einbezogen würden.

Herr Steuber schlägt eine gesonderte Vorlage vor.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, als Übergangsregelung für den Jugendförderplan 2010 – 2014 im Jahr 2010 die Auszahlung der Förderbeträge auf Basis der im Jahre 2009 geltenden Zuschussbeträge vorzunehmen. Die Realisierung der Einsparvorgabe aus dem 1. Sparpaket des Mentors ist hiervon unberührt, das Gesamtbudget wird entsprechend vermindert.

Der Beschluss wird zum 15.02.2010 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0593/2009

Herr Strüwer fasst die beiden Tagesordnungspunkte zusammen und meint, dass, da sich der Unterausschuss am 08.09.2009 treffe und der Kinderschutz bereits andiskutiert worden sei, diese beiden Punkte in der nächsten Sitzung komprimiert anzugehen seien. Er stellt Einvernehmen hierzu fest.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur „Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hagen“ in erster Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

13. Dokumentation "Kinderschutz in Hagen"
Vorlage: 0664/2009

Herr Strüwer fasst die Tagesordnungspunkte 12 und 13 zusammen und meint, dass, da sich der Unterausschuss am 08.09.2009 treffe und der Kinderschutz bereits andiskutiert worden sei, diese beiden Punkte in der nächsten Sitzung komprimiert anzugehen seien. Er stellt Einvernehmen hierzu fest.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Dokumentation in erster Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**14. Weiterleitung zweckgebundener Fördermittel des Landes für offene Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: 0604/2009**

Herr Strüwer teilt mit, dass es hier um eine Schwerpunktbindung auf den CVJM gebe. Einwände hierzu stellt er nicht fest.

Beschluss:

Der noch nicht gebundene Förderanteil des Landes für offene Kinder- und Jugendarbeit in Höhe von 9.217 € wird zusätzlich für die offene Jugendarbeit des CVJM bewilligt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Klos-Eckermann erklärt, es gebe eine Vorlage zum HFA, dass die Stadt einer Arbeitsgemeinschaft beigetreten sei. Sie bittet um nähere Erläuterung.

Herr Goldbach führt aus, dass es sich hierbei um eine Kooperation mit dem Fachverband für Abenteuer-, Bau- und Aktivspielplätze handele, der die Arbeit von Abenteuerspielplätzen fachlich begleite, Material entwickle etc. Da er mehrfach unentgeltlich tätig geworden sei, habe man die Mitgliedschaft angestrebt.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.50 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Liley
Schriftführerin